



16. April 2021

Indien: Anti-Bekehrungs-Gesetz ausgeweitet

Christen und andere religiöse Minderheiten zunehmend von Missbrauch und Willkür betroffen

(Open Doors, Kelkheim) – Der indische Bundesstaat Gujarat hat sein Anti-Bekehrungs-Gesetz verschärft und nun auch die „Verführung“ zur Konversion durch Versprechen eines „besseren Lebensstils oder göttlichen Segens“ unter Strafe gestellt. Auch die Bundesstaaten Madhya Pradesh und Uttar Pradesh haben in den letzten Monaten ähnliche Gesetze verabschiedet oder verschärft. Damit wächst der Druck auf Christen und andere religiöse Minderheiten weiter.



Symbolbild: Parlamentsgebäude in Bangalore

Zahl von Übergriffen steigt seit Inkrafttreten des Gesetzes weiter an

In Gujarat existiert seit 2003 ein Anti-Bekehrungs-Gesetz, das einen Glaubenswechsel aufgrund von Geschenken und Zuwendungen finanzieller oder anderer Art verbietet. Das Verbot von Bekehrungen aufgrund von Versprechen eines „besseren Lebensstils oder göttlichen Segens“ fügt nun eine weitere Kategorie hinzu. Bei Verstößen drohen Gefängnisstrafen von drei bis zu zehn Jahren.

Die Anti-Bekehrungs-Gesetze, die angeblich religiöse Minderheiten schützen sollen, werden häufig als Vorwand benutzt, um Minderheiten wie Christen und Muslime anzuklagen. Eine Bekehrung zum Hinduismus bleibt von den Gesetzen faktisch unberührt. Seit der Ausweitung des Gesetzes in Madhya Pradesh habe die ohnehin schon hohe Zahl gewalttätiger Übergriffe weiter zugenommen, sagten christliche Leiter gegenüber der katholischen Nachrichtenseite UCAN.

„Die Anti-Bekehrungs-Gesetze basieren auf der Behauptung, dass Zwangskonversionen in Indien auf dem Vormarsch sind und die Regierung Hindus mit einem schwachen Glauben schützen muss“, sagte eine Sprecherin von Open Doors. „Trotz dieser Gesetze, die in einigen Bundesstaaten seit über fünfzig Jahren bestehen, ist es bislang nur zu sehr wenigen Verurteilungen gekommen;

dennoch sagen Anwälte, dass die Polizei jeden Monat neue Anzeigen gegen Christen auf Basis dieser Gesetze registriert. Das Ausbleiben von Verurteilungen in diesem Bereich steht einer hohen Anzahl von Verhaftungen und Anzeigen gegen Angehörige religiöser Minderheiten gegenüber. Dies zeigt das enorme Ausmaß des Missbrauchs von diesem Gesetz zulasten religiöser Minderheiten, obwohl sie verfassungsrechtlichen Schutz genießen,“ sagte sie.

Dalit-Christen doppelt verwundbar

Anfang des Jahres monierte Human Rights Watch, dass Vorurteile gegenüber religiösen Minderheiten „unabhängige Institutionen wie die Polizei und die Gerichte infiltriert“ hätten und „nationalistische Gruppen ermächtigt haben, religiöse Minderheiten ungestraft zu bedrohen, zu belästigen und anzugreifen“.

Auch das US-Außenministerium zeigte sich in seinem jährlichen Menschenrechtsbericht 2020 besorgt über „gesellschaftliche Gewalt auf der Grundlage von Religion und Kaste und durch religiös verbundene Gruppen“ in Indien. Da viele der Christen der untersten Dalit-Kaste angehören, macht sie das doppelt verwundbar. Sie werden nicht nur wegen ihres Glaubens diskriminiert, sondern auch wegen ihrer Stellung in der Gesellschaft. „Obwohl das Gesetz Dalits schützt, gab es zahlreiche Berichte über Gewalt und erhebliche Diskriminierung beim Zugang zu Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung, Zugang zur Justiz, Bewegungsfreiheit, Zugang zu Institutionen (wie Tempeln) und Heirat“, so der Bericht.

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2021](#) steht [Indien](#) an 10. Stelle der Länder, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

Quellen: Human Rights Watch, UCAN, USCIRF, Open Doors